



Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Univ.-Professor Dr. Timo Fest, LL.M. (Pennsylvania)

LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT, DEUTSCHES UND
EUROPÄISCHES GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSRECHT

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS- UND STEUERRECHT



Kapitalgesellschaftsrecht

Univ.-Professor Dr. Timo Fest, LL.M. (Pennsylvania)

Wintersemester 2021/2022

Einheit 14: Investor ownership (Teil 1/2)



Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Rechtswissenschaftliche Fakultät



Übersicht zur heutigen Veranstaltung

➤ **Investor ownership**

Oder: Die Kapitalgeber als Eigentümer der Gesellschaft

I. Einführung

II. Mitverwaltungsrechte

Die Eigentümerstellung der Gesellschafter zeigt sich auch in den **Vermögensrechten**, nämlich der Beteiligung am laufenden Gewinn (Einheiten 3, 4) sowie am Liquidationsüberschuss (§ 271 I AktG, § 72 GmbHG, § 199 Satz 2 InsO).



I. Einführung

- Dem im englisch-sprachigen Rechtskreis gebräuchlichen Begriff **investor ownership** entspricht am ehesten die Aussage in der Begründung zum Entwurf des AktG 1965, die Aktionäre seien die „Eigentümer der Gesellschaft“.
- Die Begrifflichkeit ist **unglücklich** bzw. unpräzise. Denn die Organisationsverfassung der AG zeigt, dass die Aktionäre den **anderen Gesellschaftsorganen nicht übergeordnet** sind (BVerfG, NJW 2000, 349, 350).
- Gemeint ist, dass die **mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte**, die Gesellschafter in eine eigentümerähnliche Position versetzen.
- Diese Rechte können in zwei Gruppen aufgeteilt werden:
 - (1) zum einen **Mitverwaltungsrechte**, insbesondere das Stimmrecht;
 - (2) zum anderen **Vermögensrechte**, insbesondere die Ansprüche auf Gewinnbeteiligung und einen eventuellen Liquidationsüberschuss.



II. Mitverwaltungsrechte

- Das zentrale Mitverwaltungsrecht, das **Stimmrecht**, können die Gesellschafter in der Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung ausüben.
- Daher liegt der Fokus der heutigen Veranstaltung auf **drei Bereichen**:
 1. Zuständigkeit der Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung
 2. Einberufung der Versammlung
 3. Durchführung der Versammlung
 4. *Stimmrecht (dazu Einheit 15)*
 5. *Informationspflichten und -rechte (dazu Einheit 15)*



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

a) Aktienrecht

(1) Allgemeines

- Die Aktionäre einer AG sind aufgrund des Typus einer Publikumsgesellschaft darauf beschränkt, ihre Rechte **in der Hauptversammlung** auszuüben, **§ 118 I 1 AktG**.
- Die Zuständigkeit der Hauptversammlung ist durch den Einleitungssatz in **§ 119 I AktG** auf die **gesetzlichen Fälle** beschränkt.
- Neben dem Gesetz nennt **§ 119 I AktG** als Grundlage für die Zuständigkeit der Hauptversammlung auch die **Satzung**. Dies ist insoweit **irreführend**, als derartigen Bestimmungen in der Satzung *häufig* § 23 V 1 AktG entgegensteht. Beispiele:
 - **Nichtig** wäre z. B. die von § 84 I 1 AktG abweichende Bestimmung, dass die Hauptversammlung die **Mitglieder des Vorstands wählen** soll.
 - **Wirksam** wäre hingegen z. B. die ergänzende Bestimmung (§ 23 V 2 AktG), dass die Hauptversammlung über die **Einsetzung eines (beratenden) Beirats** entscheiden soll.



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

a) Aktienrecht

(2) Gesetzliche Kompetenzen

- Der Katalog des **§ 119 I AktG** überträgt der Hauptversammlung fünf **laufende Angelegenheiten**, nämlich:
 - die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder (Nr. 1),
 - die Entscheidung über die Verwendung des Bilanzgewinns (Nr. 2),
 - die Entscheidung über das Vergütungssystem für Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bei börsennotierten AGen (Nr. 3, eingefügt durch ARUG II m.W.v. 1.1.2020),
 - die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (Nr. 4) und
 - die Wahl des Abschlussprüfers (Nr. 5).
- Daneben obliegen der Hauptversammlung die **Grundlagenentscheidungen**, z. B.:
 - Satzungsänderungen (Nr. 6),
 - Kapitalmaßnahmen (Nr. 7) sowie
 - die Auflösung der Gesellschaft (Nr. 9).



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

a) Aktienrecht

(2) Gesetzliche Kompetenzen

- Der Katalog des § 119 I AktG überträgt der Hauptversammlung fünf **laufende Angelegenheiten**, nämlich:
 - die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder (Nr. 1),
 - die Entscheidung über die Verwendung des Bilanzgewinns (Nr. 2),
 - die Entscheidung über das Vergütungssystem für Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bei börsennotierten AGen (Nr. 3, eingefügt durch ARUG II m.W.v. 1.1.2020),
 - die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (Nr. 4) und
 - die Wahl des Abschlussprüfers (Nr. 5).
- Daneben obliegen der Hauptversammlung die **Grundlagenentscheidungen**, z. B.:
 - Satzungsänderungen (Nr. 6),
 - Kapitalmaßnahmen (Nr. 7) sowie
 - die Auflösung der Gesellschaft (Nr. 9).

Kompetenzen in weiteren laufenden Angelegenheiten sind **außerhalb von § 119 I AktG** geregelt, z. B. die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder (§ 113 I 2 AktG).



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

a) Aktienrecht

(2) Gesetzliche Kompetenzen

- Der Katalog des § 119 I AktG überträgt der Hauptversammlung fünf **laufende Angelegenheiten**.

Kompetenzen in weiteren laufenden Angelegenheiten sind **außerhalb von § 119 I AktG** geregelt, z. B. die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder (§ 113 I 2 AktG).

Auch weitere Grundlagenentscheidungen sind der Hauptversammlung zugewiesen, z. B. die Übertragung des gesamten Gesellschaftsvermögens (§ 179a I AktG), der Abschluss eines Unternehmensvertrags (§ 293 I 1 AktG), der Squeeze-Out (§ 327 I 1 AktG) sowie Maßnahmen der Umwandlung (z. B. § 13 I 1 UmwG). Gemeinsam ist diesen Zuständigkeiten, dass der Beschluss der Hauptversammlung **ausnahmsweise eine Wirksamkeitsvoraussetzung im Außenverhältnis** ist.

- die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (Nr. 4) und
- die Wahl des Abschlussprüfers (Nr. 5).
- Daneben obliegen der Hauptversammlung die **Grundlagenentscheidungen**, z. B.:
 - Satzungsänderungen (Nr. 6),
 - Kapitalmaßnahmen (Nr. 7) sowie
 - die Auflösung der Gesellschaft (Nr. 9).



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

a) Aktienrecht

(3) Ungeschriebene Kompetenzen

- Seit den Entscheidungen des BGH in den Rechtssachen **Holzmüller**, **Gelatine I** und **Gelatine II** besteht im Grundsatz weitgehend Einigkeit darüber, dass zum **Schutz der Mitgliedschaftsrechte** der Aktionäre ungeschriebene Hauptversammlungszuständigkeiten existieren.
- Zur **Begründung** werden **drei Wege** bemüht:
 - Zum einen wird vertreten, dass sich das Ermessen des Vorstands zu einer Vorlage nach § 119 II AktG zu einer Pflicht verenge.
 - Zum anderen wird offen für eine Gesamtanalogie zu § 179a I 1 AktG und den Zuständigkeiten nach dem UmwG plädiert.
 - Der **BGH** beruft sich seit Gelatine II auf eine **offene Rechtsfortbildung**.
- Praktisch bedeutsam – in Details allerdings nicht ungeklärt – ist die Frage nach den ungeschriebenen Kompetenzen insbesondere in **zwei Konstellationen**, nämlich
 - (1) dem Erwerb und der Veräußerung wesentlicher Beteiligungen und
 - (2) der Verlagerung wesentlicher Vermögenswerte auf eine andere Konzerngesellschaft.



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

a) Aktienrecht

(3) Ungeschriebene Kompetenzen

Sachverhalt (in Anlehnung BGHZ 83, 122 ff. – Holzmüller)

- Das Unternehmen der H. AG besteht in der Vermittlung, Durchführung und Finanzierung von Holzgeschäften.
- In der Hauptversammlung wird die H. AG durch Änderung des statutarischen Unternehmensgegenstands dazu ermächtigt, „andere Unternehmen zu errichten ... und ihren Betrieb ganz oder teilweise solchen Gesellschaften zu überlassen“ (sog. Konzernklausel).
- Nach der Hauptversammlung beschließt der Vorstand der H. AG den wertvollsten Teil des Unternehmens – dieser trägt ca. 90 % zum Jahresüberschuss der H. AG bei – auf die neu gegründete T. AG zu übertragen, an der die H. AG 60 % der Geschäftsanteile hält.
- Aktionär A, der ca. 8 % der Aktien der H. AG hält, hatte gegen die Satzungsänderung gestimmt und ist nun der Auffassung, dass die Vermögensübertragung nicht ohne Zustimmung der Hauptversammlung hätte stattfinden dürfen.
- **Hätte die Hauptversammlung der Vermögensübertragung zustimmen müssen?**



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

a) Aktienrecht

(3) Ungeschriebene Kompetenzen

Lösungshinweise

- **Vorüberlegung 1:**

- Die Übertragung des Unternehmensteils auf die T. AG hat zur Folge, dass wesentliche Entscheidungen der Hauptversammlung der H. AG entzogen werden.
- So bedürfte z. B. die Verpflichtung zur Veräußerung des gesamten Vermögens der T. AG nicht mehr Zustimmung der Hauptversammlung der H. AG. Erforderlich, aber auch ausreichend, wäre die Zustimmung der Hauptversammlung der T. AG, in der der Vorstand der H. AG die Stimmrechte der H. AG (60 %) als deren Vertreter (§ 78 I 1 AktG) ausübt.

- **Vorüberlegung 2:**

- Aufgrund der Beteiligungsquote von (nur) 60 % kämen die H. AG und ihre Aktionäre nur anteilig in den Genuss der von T. AG mit dem übertragenen Vermögen erwirtschafteten Gewinne (Dividende und thesaurierte Gewinne).



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

a) Aktienrecht

(3) Ungeschriebene Kompetenzen Lösungshinweise

- In **Gelatine II** hat der **BGH** betont, dass eine im Gesetz nicht vorgesehene Mitwirkung der Hauptversammlung bei Geschäftsführungsmaßnahmen **nur in engen Grenzen** in Betracht kommt. Nämlich:
 - (1) Die Maßnahme muss an die Kernkompetenz der Hauptversammlung, über die **Verfassung der Gesellschaft** zu bestimmen, röhren und
 - (2) in ihren Auswirkungen einem **Zustand** entsprechen, der allein durch eine **Satzungsänderung** herbeigeführt werden kann.
 - Dies bejaht der BGH regelmäßig, wenn der umstrukturierte Unternehmensteil **mindestens 75 %** des Gesellschaftsvermögens beträgt oder in dieser Höhe zum Unternehmensergebnis beiträgt.
- Liegen die vorgenannten Voraussetzungen vor, müsse die Hauptversammlung der Maßnahme – wie einer Satzungsänderung (§ 179 II 1 AktG) – mit der **einfachen Stimmen-** (§ 133 I AktG) und einer **qualifizierten Kapitalmehrheit** von drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals zustimmen.



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

b) GmbH-Recht

- Der Katalog des **§ 46 GmbHG** enthält in Ansehung von § 45 I GmbHG nur ein **dispositives Regelungsmodell** (sog. **Normalstatut**), bei dessen Ausgestaltung der Gesetzgeber sich an dem „Normaltyp“ der GmbH orientiert hat.
- Dieser grundlegende Unterschied zu § 119 I AktG beruht darauf, dass die GmbH – im Gegensatz zur AG – **keine Publikumsgesellschaft** ist, weshalb zwingende Regelungen zum Schutz von Publikumsgeschaftern entbehrlich sind.
- Im GmbH-Recht sind lediglich **einzelne, außerhalb von § 46 GmbHG geregelte Kompetenzen zwingend**, nämlich:
 - **Satzungsänderungen** (§ 53 I GmbHG) einschließlich der Maßnahmen zur Kapitalerhöhung und Kapitalherabsetzung (§§ 53-59 GmbHG);
 - die Einforderung von **Nachschüssen** (§ 26 I GmbHG);
 - die **Auflösung der Gesellschaft** sowie die Bestellung und Abberufung der **Liquidatoren** (§§ 60 I Nr. 2, 66 I, III 2 GmbHG);
 - Maßnahmen nach dem **UmwG**.



II. Mitverwaltungsrechte

1. Zuständigkeit der Versammlung

b) GmbH-Recht

- Der Katalog des **§ 46 GmbHG** enthält in Ansehung von § 45 I GmbHG nur ein **dispositives Regelungsmodell** (sog. **Normalstatut**), bei dessen Ausgestaltung der Gesetzgeber an dem „Normaltyp“ der GmbH orientiert hat.
- Dieser grundlegende Unterschied zu § 119 I AktG beruht darauf, dass die GmbH – im Gegensatz zur AG – auf die **höchste Befreiung** verzichten muss. Der Unterschied zwingende Rechtsfolgen ist die **höchste Befreiung**.
- Im **§ 119 II AktG** ist die **Kontrollversammlung** einer AG vorgesehen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied ergibt sich aus **§ 119 II AktG**. Während die **Hauptversammlung einer AG** über Fragen der Geschäftsführung nur auf Verlangen des Vorstands entscheiden darf, kann die **Gesellschafterversammlung einer GmbH eigeninitiativ** jede Frage der Geschäftsführung „an sich ziehen“, entscheiden und dem Geschäftsführer eine entsprechende Weisung erteilen.
- Liquidatoren** (§§ 601ff. 2, 601, III 2 GmbHG),
- Maßnahmen nach dem **UmwG**.

Beachte:

Ein weiterer wesentlicher Unterschied ergibt sich aus **§ 119 II AktG**. Während die **Hauptversammlung einer AG** über Fragen der Geschäftsführung nur auf Verlangen des Vorstands entscheiden darf, kann die **Gesellschafterversammlung einer GmbH eigeninitiativ** jede Frage der Geschäftsführung „an sich ziehen“, entscheiden und dem Geschäftsführer eine entsprechende Weisung erteilen.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(1) Einberufungsgründe

- Gemäß § 121 I AktG ist die Hauptversammlung in den **durch Gesetz bestimmten Fällen** (Alt. 1) sowie dann einzuberufen, wenn das **Wohl der AG** es erfordert (Alt. 2).
- Eine turnusmäßige Einberufung ist gesetzlich nicht ausdrücklich vorgesehen. Aber: Wird der Jahresabschluss – wie üblich – gemäß § 172 S. 1 AktG vom Aufsichtsrat gebilligt, hat der Vorstand gemäß § 121 I Alt. 1 i.V.m. § 175 I 1 AktG unverzüglich nach dem Eingang des Berichts des Aufsichtsrats die Hauptversammlung zur **Entgegennahme des festgestellten Jahresabschlusses und des Lageberichts** sowie zur **Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns** (§ 119 I Nr. 2 AktG) einzuberufen.
- Diese Hauptversammlung hat gemäß § 175 I 2 AktG in den **ersten acht Monaten des Geschäftsjahres** stattzufinden. Beliebt ist die Zeit von Ende Mai bis Anfang Juli.
- Neben dieser jährlich stattfindenden (sog. **ordentlichen**) Hauptversammlung können weitere (sog. **außerordentliche**) Hauptversammlungen notwendig sein.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(1) Einberufungsgründe

- Gemäß § 121 Abs. 1 Nr. 1 BGB und § 121 Abs. 1 Nr. 1 AktG kann die Hauptversammlung auf **Fällen** (Alt. 1) einberufen.
- Eine turnusmäßige Hauptversammlung ist zu rufen, wenn der Jahresabschluß erst nach dem 30. Juni erlassen ist und der Vorstand dies auf dem Eingang des Jahresabschlusses oder in einer **des festgestellten Jahresabschlusses** **fassung über die Verwendung des Bilanzgewinns** (§ 119 I Nr. 2 AktG) einzuberufen.
- Diese Hauptversammlung ist zu rufen, wenn nach § 175 I 2 AktG in den **ersten acht Monaten des Geschäftsjahres** stattzufindende Außereignisse ein Bericht erfordern. Beliebt ist die Zeit von Ende Mai bis Anfang Juli.
- Neben dieser jährlich stattfindenden (sog. **ordentlichen**) Hauptversammlung können weitere (sog. **außerordentliche**) Hauptversammlungen notwendig sein.

Die Durchführung einer Hauptversammlungen ist mit **erheblichen Kosten** (u. a. Saalmiete, Anwälte, Notar, Dienstleister, Catering) verbunden. Bei DAX 30-Gesellschaften können diese den Betrag von 10 Mio. Euro übersteigen, weshalb außerordentliche Hauptversammlungen tunlichst vermieden werden.

ten
Alt. 2).
Aber: Wird
gebilligt,
dem
nahme
eschluss-



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(2) Ort der Hauptversammlung

- Der Ort, an dem Hauptversammlungen stattfinden sollen, kann in der **Satzung** bestimmt werden.
- Enthält die Satzung **keine Bestimmung** hierzu gilt:
 - Die Hauptversammlung „soll“ gemäß **§ 121 V 1 AktG** am **Sitz der AG** stattfinden, d. h. in der politischen Gemeinde, die im Zeitpunkt der Einberufung als Sitz in das Handelsregister eingetragen ist.
 - Im Hinblick auf die Beschlussanfechtung (§ 243 I AktG) ist zu beachten, dass die Regelung **keine bloße Ordnungsvorschrift** ist. Vielmehr begründet das „soll“ ein sog. **intendiertes Ermessen**, d. h. Abweichungen sind nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.
 - Bei **börsennotierten Gesellschaften** kann die Hauptversammlung gemäß **§ 121 V 2 AktG** auch am **Sitz der Börse** stattfinden.
 - **Sonderfall:** Bei einer sog. **Abwehrhauptversammlung** ist die Gesellschaft bei der Bestimmung des Versammlungsortes gemäß **§ 16 IV 4 WpÜG** frei.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(3) Einberufungsberechtigte

- Die Einberufung der Hauptversammlung ist eine Maßnahme im Rahmen der Leitung der AG (§ 76 I AktG). Sie obliegt daher gemäß **§ 121 II 1 AktG** in erster Linie dem **Vorstand**, der hierüber mit einfacher Mehrheit beschließt.
- Das **Wohl der Gesellschaft** (§ 121 I Alt. 2 AktG) liegt allerdings nicht allein in den Händen des Vorstands. Daher ist unter der Voraussetzung der Erforderlichkeit auch der **Aufsichtsrat** gemäß **§ 111 III 1 AktG** zur Einberufung befugt. Er entscheidet hierüber durch Beschluss (§ 108 I AktG) mit einfacher Mehrheit (§ 111 III 2 AktG).
- **Aktionäre** haben kein eigenes Recht, die Hauptversammlung einzuberufen. Aber:
 - Aktionäre, deren Anteile **zusammen fünf Prozent des Grundkapitals** erreichen, können gemäß **§ 122 I 1 AktG** die Einberufung durch den Vorstand verlangen.
 - Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, können die Aktionäre gemäß **§ 122 III 1 AktG** beantragen, dass das Gericht sie ermächtigt, die Hauptversammlung einzuberufen.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(4) Inhalt der Einberufung

Die Einberufung muss **zwei Funktionen** erfüllen, nämlich die Teilnahme und eine effektive Vorbereitung ermöglichen.

(a) Ermöglichung der Teilnahme

- Die Einberufung muss gemäß § 121 III 1 AktG die **Zeit und den Ort der Hauptversammlung** enthalten.
- Bei einer **börsennotierten AG** sind weitere Angaben erforderlich, z. B.
 - zu den **Voraussetzungen für die Teilnahme an der Hauptversammlung** und die Ausübung des Stimmrechts sowie ggf. den Nachweisstichtag (§ 123 IV 2 AktG) und dessen Bedeutung (§ 121 III 3 Nr. 1 AktG) sowie
 - zu der Ausübung des Stimmrechts durch **Bevollmächtigte**, durch **Briefwahl** oder im Wege **elektronischer Kommunikation** (§ 123 III 3 Nr. 2 AktG).



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(4) Inhalt der Einberufung

Die Einberufung muss **zwei Funktionen** erfüllen, nämlich die Teilnahme und eine effektive Vorbereitung ermöglichen.

(b) Effektive Vorbereitung

- Die Einberufung muss gemäß § 121 III 1 AktG die **Firma und den Sitz der Gesellschaft** enthalten.
- Zudem ist gemäß § 121 III 2 AktG die **Tagesordnung** anzugeben.
- Zu jedem Gegenstand der Tagesordnung ist gemäß **§ 124 III 1 AktG** – Besonderheiten gelten für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und des Abschlussprüfers (§ 124 III 2-5 AktG) – ein **Beschlussvorschlag des Vorstands und des Aufsichtsrats** in die Einberufung aufzunehmen.
 - Abhängig von dem **Inhalt der Tagesordnung** können weitere Angaben erforderlich sein, so sind z. B. bei der **Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern** gemäß § 124 II 1 Hs. 1 AktG die Vorschriften anzugeben, nach denen sich der Aufsichtsrat zusammensetzt (z. B. §§ 1 I, 6 II 1, 7 I 1 Nr. 3, II Nr. 3 MitbestG).
- Bei einer **börsennotierten AG** sind weitere Angaben erforderlich, u. a. ein Hinweis auf die **Internetseite der AG**, über die die **Informationen nach § 124a AktG** zugänglich sind (§ 123 III 3 Nr. 4 AktG).



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(4) Inhalt der Einberufung

Die Einberufung muss **zwei Funktionen** erfüllen, nämlich die **Rechtsgültigkeit** und die **Effektive Vorbereitung** ermöglichen.

(b) Effektive Vorbereitung

- Die Einberufung muss gemäß § 121 III 1 AktG die **Firma und den Sitz der Gesellschaft** enthalten.
- Zudem ist gemäß § 121 III 2 AktG die **Tagesordnung** anzugeben.
- Zu jedem Gegenstand der Tagesordnung ist gemäß **§ 124 III 1 AktG** – Besonderheiten gelten für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und des Abschlussprüfers (§ 124 III 2-5 AktG) – ein **Beschlussvorschlag des Vorstands und des Aufsichtsrats** in die Einberufung aufzunehmen.
 - Abhängig von dem **Inhalt der Tagesordnung** können weitere Angaben erforderlich sein, so sind z. B. bei der **Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern** gemäß § 124 II 1 Hs. 1 AktG die Vorschriften anzugeben, nach denen sich der Aufsichtsrat zusammensetzt (z. B. §§ 1 I, 6 II 1, 7 I 1 Nr. 3, II Nr. 3 MitbestG).
- Bei einer **börsennotierten AG** sind weitere Angaben erforderlich, u. a. ein Hinweis auf die **Internetseite der AG**, über die die **Informationen nach § 124a AktG** zugänglich sind (§ 123 III 3 Nr. 4 AktG).

Die hierdurch ermöglichte Identifikation kann insbesondere bei konzernangehörigen Gesellschaften schwierig sein.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(4) Inhalt der Einberufung

Die Einberufung muss **zwei Funktionen** erfüllen, nämlich die Teilnahmebereitstellung ermöglichen.

(b) Effektive Vorbereitung

- Die Einberufung muss gemäß § 121 III 1 AktG die **Firma und den Sitz der Gesellschaft** enthalten.
- Zudem ist gemäß § 121 III 2 AktG die **Tagesordnung** anzugeben.
- Zu jedem Gegenstand der Tagesordnung ist gemäß § 124 III 1 AktG – Besonderheiten gelten für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern – der Name des Abschlussprüfers (§ 124 III 2-5 AktG) – ein **Beschlussvorschlag des Vors**

Die hierdurch ermöglichte Identifikation kann insbesondere bei konzernangehörigen Gesellschaften schwierig sein.

Die Gegenstände der Tagesordnung bestimmt nicht notwendig allein der Vorstand. Nach § 122 II 1 AktG können Aktionäre, deren Anteile zusammen fünf Prozent des Grundkapitals oder den Betrag von 500.000 Euro erreichen, verlangen, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen. Dieses Verlangen muss der AG gemäß § 122 II 2 AktG mindestens 24 Tage, bei einer börsennotierten AG mindestens 30 Tage vor der Versammlung zugehen.

sind (§ 123 III 3 Nr. 4 AktG).



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(5) Einberufungsfrist

- Die Einberufung ist gemäß **§ 121 IV 1 AktG** in den **Gesellschaftsblättern** (§ 25 AktG: Bundesanzeiger) bekannt zu machen.
- Sie kann ausnahmsweise gemäß **§ 121 IV 2 AktG** durch **eingeschriebenen Brief** erfolgen, wenn sämtliche (!) Aktionäre der AG namentlich bekannt sind.
 - Dies ist nach h. M. nur der Fall, wenn die AG ausschließlich **Namensaktien** ausgegeben hat. In diesen Fällen soll es gemäß § 67 I 1 AktG möglich sein, die Namen und Adressen sämtlicher Aktionäre aus dem **Aktienregister** zu entnehmen.
- Die Einberufung muss gemäß **§ 123 I 1 AktG** grds. **mindestens 30 Tage vor der Versammlung** erfolgen.
 - Für die sog. **Abwehrhauptversammlung** beträgt die Einberufungsfrist gemäß **§ 16 IV 1 WpÜG** mindestens **14 Tage**.
- Der **Tag der Einberufung** ist jeweils (§ 123 I 2 AktG bzw. § 16 IV 2 WpÜG) **nicht mitzurechnen**.
- Gemäß **§ 121 VII 1 AktG** ist auch der **Tag der Versammlung** grds. nicht mitzurechnen.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

a) Aktienrecht

(5) Einberufungsfrist

- Die Einberufung ist gemäß § 121 IV 1 AktG in den **Gesellschaftsblättern** (§ 25 AktG: Bundesanzeiger) bekannt zu machen.
- Sie kann ausnahmsweise gemäß § 121 IV 2 AktG durch **eingeschriebenen Brief** erfolgen, wenn sämtliche (!) Aktionäre der AG nachvollziehbar bekannt sind.
 - Dies ist nach h. M. nur der Fall, wenn die AG ausschließlich **Namensaktien** ausgegeben hat. In diesen Fällen soll es nach § 67 I 1 AktG möglich sein, die Namen und Adressen sämtlicher Aktionäre aus dem **Aktienregister** zu entnehmen.
- Die Einberufung muss gemäß § 121 IV 1 AktG in den **Gesellschaftsblättern** der Versammlung erfolgen.
 - Für die sog. **Abwehrherrschaft** nach § 16 IV 1 WpÜG mind. 14 Tage.
- Der **Tag der Einberufung** ist nicht mit dem **Tag der Versammlung** zu rechnen.
- Gemäß § 121 VII 1 AktG ist auch der **Tag der Versammlung** grds. nicht mitzurechnen.

Neben die Pflicht zur Bekanntmachung in den **Gesellschaftsblättern** treten die **Mitteilungspflichten** nach den **§§ 125-127 AktG**, z. B. an bestimmte Kreditinstitute und Aktionärsvereinigungen nach § 125 I 1 AktG.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(1) Versammlungsgrundsatz

- Gemäß **§ 48 I GmbHG** fassen die Gesellschafter Beschlüsse in einer Versammlung (sog. Versammlungsgrundsatz).
- In Anbetracht der Tatsache, dass die Gesellschafterversammlung für nicht ortsansässige Gesellschafter mit unverhältnismäßigen Aufwendungen verbunden sein kann, enthält **§ 48 II GmbHG** – ohne Ansehung der Beschlussgegenstände – **zwei Ausnahmen**:
 - **Fall 1:** Einverständnis sämtlicher Gesellschafter in **Textform** (§ 126b BGB) mit der zu treffenden Bestimmung
 - Diese Erklärung beinhaltet sowohl das **Einverständnis mit der schriftlichen Abstimmung** als auch die **Stimmabgabe**.
 - **Fall 2:** Einverständnis mit der schriftlichen Stimmabgabe
 - Dieses Einverständnis beschränkt sich auf die **Stimmabgabe ohne Versammlung**. Es kann – im Gegensatz zu Fall 1 – **formlos** und daher auch stillschweigend erklärt werden.
 - Die **Stimmabgabe** erfolgt sodann **schriftlich**, aber in einer **gesonderten Erklärung**.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(1) Versammlungsgrundsatz

Sonderfall: Ein-Personen-Gesellschaft

- Von einer Ein-Personen-Gesellschaft spricht man in Ansehung von § 48 III GmbHG dann, wenn sich **alle Geschäftsanteile in der Hand eines Gesellschafters oder der Gesellschaft selbst** befinden.
- In diesen Fällen ist eine **Versammlung begrifflich ausgeschlossen**.
- Aufgrund der **Pluralität der Stimmen** (§ 47 II GmbHG) ergeht die Entscheidung des Gesellschafters – wie von § 48 III GmbHG („Beschlußfassung“) vorausgesetzt – gleichwohl durch **Beschluss**.
- Die gefassten Beschlüsse sind **aus Gründen der Rechtssicherheit** gemäß **§ 48 III GmbHG** unverzüglich **schriftlich niederzulegen** und zu **unterschreiben**.
 - Trotz der Formulierung „hat“ in § 48 III GmbHG ist die Niederschrift **keine Voraussetzung für die Wirksamkeit der gefassten Beschlüsse**. Der Zweck der Vorschrift erschöpft sich in einer Beweisfunktion.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(2) Einberufungsberechtigte

- Die Einberufung der Gesellschafterversammlung ist – wie die Einberufung der Hauptversammlung – eine Maßnahme der Geschäftsführung. Als solche obliegt sie gemäß **§ 49 I GmbHG** in erster Linie den **Geschäftsführern**.
- In einer **mitbestimmten GmbH** steht das Recht gemäß § 25 I Nr. 2 MitbestG i.V.m. § 111 III 1 AktG auch dem **Aufsichtsrat** zu, der hierüber durch Beschluss (§ 108 I AktG) mit einfacher Mehrheit (§ 111 III 2 AktG) entscheidet.
- Die **Satzung** kann (vgl. § 45 II GmbHG) Abweichendes regeln, z. B. das Einberufungsrecht einem einzelnen Gesellschafter oder fakultativen Aufsichtsrat übertragen.
- Ohne eine solche Bestimmung können **Gesellschafter** die Versammlung nur **ausnahmsweise** einberufen, nämlich unter den Voraussetzungen des **§ 50 III GmbHG**.

Im Einzelnen:

- Aufgrund des Zusammenhangs mit § 50 I GmbHG steht das Recht nur Gesellschaftern zu, deren **Geschäftsanteile zusammen mindestens zehn Prozent des Stammkapitals** entsprechen.
- Zuvor müssen die Geschäftsführer ihrem begründeten **Verlangen** nach der Einberufung der Versammlung gemäß **§ 50 I GmbHG nicht entsprochen** haben.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(2) Einberufungsberechtigte

- Die Einberufung der Gesellschafterversammlung – eine Maßnahme der Geschäftsführer – steht nach **§ 49 I GmbHG** in erster Linie den **Gesellschaftern** zu.
- In einer **mitbestimmten GmbH** steht das Recht nach **§ 111 III 1 AktG** auch dem **Aufsichtsrat** zu, die Einberufung mit einfacher Mehrheit (**§ 111 III 2 AktG**) entscheidend zu bestimmen.
- Die **Satzung** kann (vgl. **§ 45 II GmbHG**) Abweichendes Recht einem einzelnen Gesellschafter oder fakultativerweise dem Aufsichtsrat übertragen.
- Ohne eine solche Bestimmung können **Gesellschafter ausnahmsweise** einberufen, nämlich unter den Voraussetzungen des **§ 50 III GmbHG**.

Im Einzelnen:

- Aufgrund des Zusammenhangs mit **§ 50 I GmbHG** steht das Recht nur Gesellschaftern zu, deren **Geschäftsanteile zusammen mindestens zehn Prozent des Stammkapitals** entsprechen.
- Zuvor müssen die Geschäftsführer ihrem begründeten **Verlangen** nach der Einberufung der Versammlung gemäß **§ 50 I GmbHG nicht entsprochen** haben.

Das Minderheitsrecht nach **§ 50 I GmbHG** kann – unter teleologischer Reduktion von **§ 45 II GmbHG** – nicht durch eine Bestimmung in der Satzung ausgeschlossen werden.

z. B. das Einberufungsrecht kann dem Aufsichtsrat übertragen.

Die Einberufung der Versammlung nur unter den Voraussetzungen des **§ 50 III GmbHG**.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(3) Einberufungsgründe

- Vor dem Hintergrund, dass die Gesellschafterversammlung über sämtliche Gegenstände der Geschäftsführung beschließen kann, können die **Geschäftsführer** (dazu sogleich) die Gesellschafterversammlung **jederzeit nach pflichtgemäßem Ermessen** einberufen.
- Von diesem Einberufungsrecht sind Fälle zu unterscheiden, in denen die Geschäftsführer die **Pflicht** haben, die Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese sog. **Einberufungspflicht** besteht gemäß **§ 49 II GmbHG**
 - in „**den ausdrücklich bestimmten Fällen**“, z. B. § 49 III GmbHG, § 50 I GmbHG (s. o.), sowie
 - dann, wenn die Versammlung **im Interesse der Gesellschaft erforderlich** erscheint.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(4) Form, Mindestinhalt, Frist

- Gemäß **§ 51 I 1 GmbHG** erfolgt die Einberufung grds. durch **eingeschriebenen Brief**.
 - Die **Satzung** kann (vgl. § 45 II GmbHG) **Erleichterungen** vorsehen, z. B. die Einberufung durch einfachem Brief, Fax oder per E-Mail.
- Sie ist **an alle Gesellschafter** zu richten, auch an diejenigen, die einem Stimmverbot nach § 47 IV GmbHG (dazu Einheit 15) – sei es hinsichtlich eines TOP, sei es bezüglich sämtlicher TOP – unterliegen.
- Für den **Inhalt** der Einberufung enthält **§ 51 II GmbHG** lediglich die Vorgabe, dass der **Zweck der Versammlung** angekündigt werden muss. Üblich ist daher die Beifügung der **Tagesordnung**.
 - Weitere Vorgaben zum Inhalt ergeben sich aus den Zwecken der Einberufung (s. o.). Daher muss sie auch die Gesellschaft sowie den **Ort und Zeit der Versammlung** erkennen lassen.
- Die Einberufung muss grds. nach **§ 51 I 2 GmbHG mindestens eine Woche vor der Versammlung** erfolgen.
 - Die **Satzung** kann (vgl. § 45 II GmbHG) eine kürzere Frist bestimmen.



II. Mitverwaltungsrechte

2. Einberufung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(5) Einberufungsmängel und deren Heilung

- Wurde die Versammlung nicht **ordnungsgemäß einberufen**, können **grds.** keine wirk-samen Beschlüsse gefasst werden.
- Dies ist z. B. anzunehmen, wenn die Versammlung von einer unzuständigen Person einberufen wurde oder die Gesellschafter spontan ohne Einberufung zusammentreten.
- In diesen Fällen sind gleichwohl gefasste Beschlüsse **grds. nichtig**.
 - Bei **weniger gravierenden Einberufungsmängeln** (z. B. einer fehlerhaften Tagesordnung) geht die h. M. lediglich von der **Anfechtbarkeit** der gefassten Beschlüsse aus (dazu Einheit 15).
- Dieser Grundsatz ist ebenso **§ 51 III GmbHG** zu entnehmen wie die **Ausnahme**:
 - Sind sämtliche Gesellschafter (auch diejenigen, die einem Stimmverbot in der Sache unterliegen) in der Versammlung anwesend oder ordnungsgemäß vertreten (sog. **Vollversammlung**),
 - wird der Mangel der Einberufung dadurch geheilt, wenn sie ausdrücklich oder durch ihre Mitwirkung an der Sitzung stillschweigend einen **Rügeverzicht** erklären.



II. Mitverwaltungsrechte

3. Durchführung der Versammlung

a) Aktienrecht

(1) Überblick

- Entgegen dem sonstigen Charakter des Aktienrechts enthält der Dritte Abschnitt des Ersten Buches (**§§ 129-132 AktG**) keine abschließenden Regelungen zu der Durchführung der Hauptversammlung.
- Diesen “Raum” kann die Hauptversammlung selbst ausfüllen, indem sie sich nach **§ 129 I 1 AktG** mit qualifizierter Mehrheit eine **Geschäftsordnung** gibt.
- Geregelt werden können darin die **Vorbereitung** und die **Durchführung**, allerdings nur soweit das Gesetz keine abweichenden Bestimmungen enthält.

(2) Leitung

- In **§ 130 II 1 AktG** wird vorausgesetzt, dass die Versammlung einen **Vorsitzenden** bestimmt, der sie leitet.
- Nicht selten bestimmt die **Satzung** den **Vorsitzenden des Aufsichtsrats** zum Vorsitzenden.
- Der **(Urkunds-)Notar** und die **Mitglieder des Vorstands** – sie sind Schuldner der Auskünfte nach § 131 AktG (dazu Einheit 15) – können aufgrund ihrer Funktionen **nicht** zum Vorsitzenden bestellt werden.



II. Mitverwaltungsrechte

3. Durchführung der Versammlung

a) Aktienrecht

(3) Teilnehmerkreis

- Die Hauptversammlung ist eine Versammlung der Mitglieder und daher **nicht öffentlich**. Teilnahmeberechtigt sind daher nur
 - die **Aktionäre** (vgl. § 118 I 1 AktG) sowie
 - **Vertreter von Aktionären** (vgl. §129 I 2 AktG), insbesondere bevollmächtigte Kreditinstitute (§ 135 I 1 AktG) und Aktionärsvereinigungen (§ 135 VIII Hs. 1 AktG).
- Nach **§ 118 III AktG** sollen ferner die **Mitglieder des Vorstands** und des **Aufsichtsrats** an der Versammlung teilnehmen.
- Andere Personen (z. B. **Mitglieder des Betriebsrats** oder Professoren mit Studenten) kann der Vorsitzende aufgrund seiner Ordnungsgewalt zulassen.
- **Pressevertreter** haben zwar **kein eigenes Zutrittsrecht**. Da die Berichterstattung aber dem Interesse der Gesellschaft entspricht, kann und wird der Vorsitzende regelmäßig einzelne zulassen.



II. Mitverwaltungsrechte

3. Durchführung der Versammlung

a) Aktienrecht

(4) Ablauf

- Nach dem Einlass der Teilnehmer **eröffnet** der Vorsitzende (s. o.) die Hauptversammlung.
- In diesem Zusammenhang stellt er fest, dass die **Einberufung ordnungsgemäß** erfolgt ist. Die Belege über die Einberufung der Versammlung sind nach **§ 130 III AktG** grds. der notariellen Niederschrift als Anlage beizufügen.
➤ Eine **Feststellung der Beschlussfähigkeit** ist in Anbetracht der Tatsache, dass das AktG kein besonderes Quorum verlangt, **nicht vorgesehen**.
- In der Hauptversammlung – regelmäßig im Rahmen der Einlasskontrolle – ist gemäß **§ 129 I 2 AktG** ein **Verzeichnis der erschienenen oder vertretenen Aktionäre** und der Vertreter aufzustellen.
- Gemäß **§ 129 IV 1 AktG** ist dieses allen Teilnehmern **vor der ersten Abstimmung** zugänglich zu machen.



II. Mitverwaltungsrechte

3. Durchführung der Versammlung

a) Aktienrecht

(4) Ablauf

- Anschließend wird die Tagesordnung abgearbeitet.
 - Vorstand und Aufsichtsrat erläutern ihren **Beschlussvorschlag**
 - **Aussprache**, insbesondere Auskunftsrecht (dazu Einheit 15) sowie **Rederecht der Aktionäre**
 - Ist der Gegenstand abstimmungsreif, leitet der Vorsitzende die **Abstimmung** ein.
 - Anschließend werden die **Stimmen gezählt**, das **Ergebnis festgestellt** und **verkündet**.
- Hierfür kommen **zwei Vorgehensweisen** in Betracht:
 - Die Gegenstände werden **einzeln** behandelt, d. h. das beschriebene Vorgehen wird für jeden Gegenstand gesondert durchlaufen.
 - Üblich ist hingegen die Aussprache in Form einer sog. **Generaldebatte** zusammenzufassen.



II. Mitverwaltungsrechte

3. Durchführung der Versammlung

a) Aktienrecht

(5) Niederschrift

- Über die Versammlung ist eine Niederschrift zu fertigen.
- Gemäß § 130 I 1 AktG erfolgt die Beurkundung grds. durch einen Notar.
 - Bei einer **nichtbörsennotierten AG** genügt gemäß § 130 I 3 AktG eine vom **Vorsitzenden des Aufsichtsrats** unterzeichnete Niederschrift, wenn keine Beschlüsse gefasst werden, die einer qualifizierten (Kapital-)Mehrheit bedürfen.
- Gegenstand der Niederschrift sind nicht die Beschlüsse, sondern „**die Verhandlung**“. Die Niederschrift ist daher ein **Tatsachenprotokoll** und somit auch dann zu fertigen, wenn die Hauptversammlung ausnahmsweise keinen Beschluss fasst.
- Die Niederschrift ist aber **kein Wortprotokoll**. Aufzunehmen sind nur die Beschlüsse der Hauptversammlung (§ 130 I 1 AktG) und Minderheitsverlangen nach §§ 120 I 2, 137 AktG. Bei einer börsennotierten AG kommen für jeden Beschluss die Angaben nach § 130 II 2 AktG hinzu.
- Die Niederschrift ist vom Notar (§ 130 IV 1 AktG) bzw. Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu **unterschreiben** (§ 130 I 3 AktG).
- Gemäß § 130 V AktG hat der Vorstand eine Abschrift der Niederschrift **zum Handelsregister** einzureichen.
- Eine **börsennotierte AG** muss die Abstimmungsergebnisse außerdem innerhalb von sieben Tagen auf ihrer **Internetseite** veröffentlichen, § 130 VI AktG.



II. Mitverwaltungsrechte

3. Durchführung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(1) Formalia

- Für die Durchführung der Gesellschafterversammlung bestimmt **§ 53 II GmbHG** nur, dass Beschlüsse über die **Abänderung des Gesellschaftsvertrags notariell beurkundet** werden müssen.
- In Anbetracht der Typizität, dass die GmbH – im Gegensatz zu der AG – keine Publikumsgesellschaft, sondern i.d.R. personaistisch geprägt ist, verzichtet das GmbHG auf weitere Formalia.
- **Üblich** ist es jedoch
 - zur Herstellung eines geordneten Ablaufs der Versammlung einen **Versammlungsleiter** zu bestellen,
 - die **gefassten Beschlüsse** im Hinblick auf mögliche Beschlussmängelstreitigkeiten (dazu Einheit 15) **förmlich festzustellen** und
 - eine **Niederschrift** über die Versammlung zu erstellen.



II. Mitverwaltungsrechte

3. Durchführung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(2) Teilnehmerkreis

- Die Gesellschafterversammlungen sind – wie bei der AG (s. o.) – **nicht öffentlich**.
- Ausschließlich die **Gesellschafter** haben ein **Recht auf Anwesenheit** sowie auf **Mitsprache** und zwar auch dann, wenn sie in Bezug auf einen oder alle Beschlussgegenstände einem Stimmverbot (dazu Einheit 15) unterliegen.
- Diese Rechte sind – mit Ausnahme von Personen, die geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind – **persönliche Rechte** der Gesellschafter. Demnach ist die **Vertretung** nur ausnahmsweise zulässig, wenn die **Satzung** diese vorsieht. Bei einer zulässigen Vertretung steht dem Vertreter nicht nur das Stimmrecht, sondern (selbstverständlich) auch des Anwesenheits- und Mitspracherecht zu.
- Die **Mitglieder des Aufsichtsrats** haben nur bei einem *obligatorischen* Aufsichtsrat ein gesetzliches Teilnahmerecht.
- Ein gesetzliches Recht, **externe Berater** mitzubringen, haben die Gesellschafter nicht. Auch gibt es – im Gegensatz zur AG – keinen Vorsitzenden, der über deren Zulassung entscheidet. Daher dürfen externe Berater nur anwesend sein, wenn **kein Gesellschafter widerspricht**.



II. Mitverwaltungsrechte

3. Durchführung der Versammlung

b) GmbH-Recht

(3) Ablauf

- Aufgrund der typischen **personalistischen Prägung der GmbH** verzichtet das GmbHG weitgehend auf Formalia, z. B. ein Teilnehmerverzeichnis (§ 129 I 2, IV 1 AktG).
- Der Ablauf wird daher allein durch die **Tagesordnung** bestimmt. Sie bildet – in der Terminologie des **§ 51 II GmbHG** den „**Zweck der Versammlung**“.
- Die Gegenstände bestimmt zwar in erster Linie derjenige, der die Versammlung einberuft (s. o.), aber nicht alleine.
- Nach **§ 50 II GmbHG** kann eine Minderheit von Gesellschaftern, deren Geschäftsanteile zusammen **mindestens 10 % des Stammkapitals** entsprechen, unter Angabe von Gründen von dem Einberufenden die Ankündigung weiterer Gegenstände verlangen.
 - Dieses Recht wird allerdings dadurch **zeitlich begrenzt**, dass die Ankündigung dieser Gegenstände im Umkehrschluss zu § 51 IV GmbHG drei Tage vor der Versammlung erfolgen muss.
- Über Gegenstände, die nicht drei Tage vor der Versammlung angekündigt worden sind (z. B. spontane Anträge in der Versammlung), darf die Versammlung gemäß **§ 51 IV GmbHG** nur bei **Anwesenheit sämtlicher Gesellschafter** entscheiden.



Weiterführende Lesehinweise:

- BGHZ 83, 122 ff. (Holzmüller)
- BGHZ 159, 30 ff. (Gelatine I)
- BGH, NZG 2004, 575 ff. (Gelatine II)
- *Raiser/Veil, Recht der Kapitalgesellschaften*, 6. Aufl. 2015, §§ 43, 46

Zu Fragen der im Zuge der COVID-19-Pandemie eingeführten Möglichkeit einer **virtuellen Hauptversammlung** darf ich Sie auf das Interview mit Herrn **Dr. Berrar** hinweisen: <https://www.youtube.com/watch?v=Fecn91Citr0>



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

C | A | U

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Rechtswissenschaftliche Fakultät



Univ.-Professor Dr. Timo Fest, LL.M. (Pennsylvania)

LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT, DEUTSCHES UND
EUROPÄISCHES GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSRECHT

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS- UND STEUERRECHT

MAIL: SEK.FEST@LAW.UNI-KIEL.DE

AKTUELLE HINWEISE FINDEN SIE UNTER:

Homepage: <https://www.fest.jura.uni-kiel.de/de>

Facebook: <http://fb.me/LehrstuhlFest>

Twitter: [@FestTimo](https://twitter.com/@FestTimo)

